

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Heidrun Bluhm, Michael Leutert, Victor Perli, Doris Achelwilm, Gökay Akbulut, Simone Barrientos, Lorenz Gösta Beutin, Matthias W. Birkwald, Michel Brandt, Christine Buchholz, Birke Bull-Bischoff, Jörg Cezanne, Sevim Dağdelen, Fabio De Masi, Dr. Diether Dehm, Anke Domscheit-Berg, Klaus Ernst, Susanne Ferschl, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Dr. André Hahn, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Amira Mohamed Ali, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller (Potsdam), Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Petra Pau, Sören Pellmann, Tobias Pflüger, Ingrid Remmers, Martina Renner, Bernd Riexinger, Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Dr. Petra Sitte, Helin Evrim Sommer, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner, Harald Weinberg, Katrin Werner, Hubertus Zdebel, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung

– Drucksachen 19/1700, 19/1701, 19/2424, 19/2425, 19/2426 –

Entwurf eines Gesetzes

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018
(Haushaltsgesetz 2018)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundeshaushalt für das Jahr 2018 verweigert sich der notwendigen Überwindung von Vermögens- und Einkommensunterschieden in Deutschland. Mit dem Verzicht auf eine angemessene Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens verhindern CDU/CSU und SPD dringend notwendige und nachhaltige Investitionen in soziale Sicherung, Infrastruktur, Bildung und Forschung. Zum Schaden der Mehrheit schreiben sie Ungerechtigkeit und Ungleichverteilung fort. Es ist ein Haushalt der sozialen Ungerechtigkeit. Erneut wird auf eine gerechte Steuerre-

form verzichtet, Investitions- und Infrastrukturpolitik werden nicht am gesellschaftlichen Bedarf orientiert. Stattdessen wachsen die Ausgaben für Militär und Rüstung und haben ein neues Rekordhoch erreicht. Globaler Frieden und globale Gerechtigkeit brauchen jedoch mehr zivile Prävention und nicht mehr Militär.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Spaltung wird sichtbar. Während manche Regionen veröden, schießen in anderen die Luxusvillen aus dem Boden. 1 Prozent Superreicher besitzt inzwischen ein Drittel des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte der Gesellschaft – also jeder Zweite – besitzt fast nichts. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit oder ihrer Rente nicht mehr würdevoll leben. Sogar Vollzeitarbeit zum gegenwärtigen gesetzlichen Mindestlohn macht arm und führt auch nach 45 Rentenbeitragsjahren in die Altersarmut.

Die Politik von Koalition und Bundesregierung hat die AfD in den Bundestag gebracht. Die AfD gehört zum neoliberalen Parteienkartell, fordert weitere Rentenkürzungen, höhere Rüstungsausgaben und will Vermögens- und Erbschaftsteuern gleich ganz abschaffen. Sie will keine sozialen Verbesserungen gegen die Reichen und Mächtigen durchsetzen, sondern die Menschen im Kampf um Arbeitsplätze, Wohnungen oder Sozialleistungen gegeneinander ausspielen. Die AfD ist das Produkt neoliberaler Politik, die im Interesse einflussreicher Wirtschaftslobbys den sozialen Zerfall der Gesellschaft vorangetrieben und so viele Menschen von der Demokratie enttäuscht hat. Das Ergebnis sind Ohnmachtsgefühle, Frust und Wut auf die etablierten Parteien. Die AfD erntet, wo die Neoliberalen gesät haben. Ihr kann nur durch eine andere Politik, die den Sozialstaat wieder aufbaut und so Unsicherheit und Ängste überwindet, die Grundlage entzogen werden.

Die Dauerkrise der Währungsunion erwächst auch aus dem hohen Handelsungleichgewicht zwischen ihren Mitgliedsländern. In Deutschland wird viel mehr produziert, als hier verbraucht wird – der Überschuss wird ans Ausland verkauft.

Gerade für die Kommunen rächt sich die verfehlte Politik der verschiedenen Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte. Denn die Finanzausstattung der Kommunen ist völlig unzureichend, um die Entwicklung der Ausgaben in ihrem Aufgabenbereich abzudecken. Die Folge sind vielerorts ein Investitionsstau, Mängel in der Infrastruktur und in diesem Zusammenhang auch eine Überforderung bei der Integration von Geflüchteten. Notwendig sind Investitionen in die kommunale Infrastruktur (sozialer Wohnungsbau, Städtebauförderung) im Rahmen eines Zukunftsprogramms sowie die Übernahme der Kosten für soziale Aufgaben (Asylbewerberleistungsgesetz, Kosten der Unterkunft nach dem SGB II) durch den Bund.

Steigende Mieten und die Angst, aus dem gewählten Lebensumfeld verdrängt zu werden, gehört für viele Menschen zum Alltag. Steuerliche Subventionen oder ein Baukindergeld als neue Eigenheimzulage schaffen jedoch nicht die dringend benötigten bezahlbaren Wohnungen für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Dort eingesparte Mittel sollen in einen Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau investiert werden, um durch gezielte Förderung jährlich mindestens 250.000 Sozialwohnungen in einem nichtprofitorientierten Wohnungssektor zu schaffen. Gleichzeitig müssen Mieterinnen und Mieter durch ein soziales Mietrecht sowie durch Wohngeld in angemessener Höhe besser geschützt werden.

DIE LINKE. fordert, dass endlich eine Bekämpfung der Fluchtursachen stattfindet. Das bedeutet, neben dem Stopp der Beteiligung an Kriegen und dem Verzicht auf Waffenlieferungen insbesondere endlich die selbst auferlegte Verpflichtung zu erfüllen, dauerhaft 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, sowie eine deutliche Aufstockung des deutschen Beitrags für das Welternährungsprogramm.

Die Bundesregierung bewegt sich nur so weit, wie sie von außen bewegt wird. Sie legt einen Haushaltsentwurf vor, der das Land verwalten will und sich einer Zukunftsorientierung verweigert. DIE LINKE. will eine Haushaltspolitik der Erneuerung, sie will

Armut und Unfreiheit bekämpfen, indem die wachsende Ungleichverteilung des privaten Vermögens überwunden und so gesellschaftliche Freiheit aller erreicht wird. Mit einer gerechteren Steuerpolitik sollen für den Bund, Länder und Kommunen erhebliche Mehreinnahmen erschlossen werden.

DIE LINKE. fordert massive gesellschaftliche Veränderungen ein. DIE LINKE. will Deutschland sozialer, offener, besser gebildet, investiver und friedfertiger machen. Dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, soziale Sicherung, Bildung und Forschung sind wichtiger als die schwarze Null.

Wer ein zukunftsfähiges Deutschland will, muss mehr Soziales wagen, Bildungs- und Investitionspolitik befördern. Politik muss dazu beitragen, die Würde aller Menschen zu achten und Angst durch Mut zu überwinden.

1. CDU/CSU und SPD setzen mit der Umverteilung von unten nach oben die Politik ihrer Vorgängerregierungen entschlossen fort und vertiefen die Spaltung des Landes. Koalition und Bundesregierung höhlen die Einnahmehasis des Staates gezielt aus, um mit dem Einsatz des Druckmittels Schuldenbremse einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen. Die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Steuern für Unternehmen und Besserverdienende fortlaufend gesenkt, gleichzeitig über Mehrwertsteuererhöhungen die Belastungen für Normal- und Geringverdienerinnen und -verdiener erhöht. Dadurch werden nicht nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, sondern wird auch die Wettbewerbsposition mittelständischer Unternehmen geschädigt, die sich an dieser Steuerermeidung nicht beteiligen. Große Koalition und Bundesregierung wollen die Vermögensteuer auch künftig nicht erheben lassen und die Erbschaftsteuer nicht erhöhen. Privilegien reicher Menschen in Deutschland sollen auch künftig nicht angetastet, die Ungleichverteilung soll fortgeschrieben werden. Bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, unfairem Steuerwettbewerb und Geldwäsche sowie der Einführung einer Finanztransaktionssteuer bleibt es bei Lippenbekenntnissen. Umverteilt wird zu Lasten der Arbeitenden, Arbeitslosen, Kinder, Rentnerinnen, Rentner und Kranken. Der Haushaltsentwurf enthält keine Mittel zur Rentenangleichung Ost an West und ignoriert die stark steigende Zahl von Armutsrentnerinnen und Armutsrentnern.
2. Die Niedriglohnpolitik hat Deutschland als Sieger aus dem europäischen Sozialabbauwettbewerb hervorgehen lassen. Während Bundesregierung und Koalition die vermeintlichen Erfolge ihrer exportierten Kaputtspartpolitik feiern, leidet die Bevölkerung der Krisenstaaten. Das in Deutschland gescheiterte Hartz-IV-System wird als Spardiktat für Europa eingesetzt. Die europäische Finanzkrise wird von Bundesregierung und Koalition benutzt, um den Krisenstaaten einen angeblichen Mangel an Haushaltsdisziplin vorzuwerfen und ihnen als Rezept den Abbau von Sozialleistungen zu verschreiben. Anstatt den Zockern und Finanzjongleuren mit einer wirksamen Finanztransaktionssteuer und dem Verbot von Finanzinstrumenten Grenzen zu setzen, haben sich die gegenwärtige Bundesregierung und die Vorgängerregierungen von der Finanzlobby einwickeln lassen und diese aus ihrer Verantwortung für eine der größten Krisen der vergangenen Jahrzehnte entlassen. Bisher wurde nur Zeit gekauft. Koalition und Bundesregierung bedienen weiterhin die Interessen der Finanzbranche und organisieren die Vergesellschaftung ihrer Milliardenverluste. Der Bankensektor muss auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückgeführt und entsprechend geschrumpft werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht immer wieder aufs Neue erpresst werden können. Notwendig ist eine für alle Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbare und bundesweit angebotene Finanz- und Schuldnerberatung. Das deutsche Lohndumping muss beendet, der gesetzliche Mindestlohn darf nicht unterlaufen, die Inlandsnachfrage muss gestärkt, dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in

Ost- und Westdeutschland entgegengewirkt werden. Die Geschlechterdiskriminierung in der Arbeitswelt muss entschlossen bekämpft und frauentypische Tätigkeiten wie in den Sozial- und Erziehungsdiensten müssen endlich aufgewertet werden.

3. Während sich die Wirtschaftsexpertinnen und -experten einig sind, dass es zu investieren und nicht nur zu sparen gilt, hält die Bundesregierung an der schwarzen Null als Selbstzweck fest. Die öffentliche Infrastruktur verfällt – die Investitionen reichen nicht einmal für den Erhalt der öffentlichen Bauten und Verkehrsnetze, die Energiewende als ein Kernprojekt der ökologischen Erneuerung droht unter die Räder zu kommen. Über sogenannte öffentlich-private Partnerschaften organisieren Bundesregierung und Koalition überbezahlte private Finanzierung von Infrastrukturprojekten, um Banken, Versicherungen, Hedgefonds und Konzernen über viele Jahre hinweg hohe Gewinne zu verschaffen – auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die den Bundesländern aufgezwungene Infrastrukturgesellschaft des Bundes für die Autobahnen ist der Einstieg in eine neue Dimension der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur. Große Fonds kassieren Gewinne, Steuerbürgerinnen und -bürger zahlen für Verluste.

Bundesregierung und Koalition bereiten durch das von ihnen immer noch angestrebte Freihandelsabkommen zu Gunsten von Großinvestoren die weitere Schleifung von sozialer Verantwortung, Umweltschutz, Kündigungsschutz, Verbraucherschutz und Datenschutz vor. Statt öffentliche Unternehmen zu privatisieren und öffentliche Ausgaben zu kürzen, bedarf es öffentlicher Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche. Es besteht ein großer Investitionsstau beim öffentlichen Verkehr, bei der Energie- und Wasserversorgung, im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Pflege und Kinderbetreuung, bei Bildung und Kultur. Großer Investitionsstau besteht auch beim sozialen Wohnungsneubau, bei der energetischen Gebäudesanierung sowie der barrierefreien Umgestaltung von Wohnungen und dem Wohnumfeld.

Der Schutz von Gewalt betroffener Frauen und Kinder muss dringend besser finanziert werden. DIE LINKE. fordert ein europaweites Zukunftsprogramm, gerichtet auf den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur und sozialen Sicherung, auf den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, auf die Unterstützung der Energiewende in Richtung regenerativer Energien und mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit sowie Pflege. Zu finanzieren ist dieses Programm über eine EU-weit koordinierte Erhöhung der Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen sowie durch den Abbau klimaschädigender Fehlsubventionen. Notwendig ist dafür auch eine Koordination von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

4. Der massive Rechtsruck in Deutschland und die bedrohliche Zunahme von Rassismus und Ausgrenzung müssen Konsequenzen auch für den Bundeshaushalt haben. Die Notwendigkeit einer dauerhaften und ausreichenden finanziellen Absicherung der Bundesprogramme gegen Rassismus und Rechtsextremismus gehört zu den dringlichen Aufgaben staatlicher Politik. Die seit vielen Jahren professionell und erfolgreich in den Bundesländern arbeitenden Projekte brauchen endlich eine dauerhaft gesicherte Finanzierung.
5. Dem Militäretat wird für 2018 und die Folgejahre ein entfesselter Aufwuchs zugesagt. Bundesregierung und Koalition wollen die Truppen näher an Russland rücken, ein gigantisches Gefechtsübungszentrum nördlich von Magdeburg aufbauen und Rüstungsvorhaben freien Lauf lassen. Das ist der Weg in eine neue Form des kalten Krieges. DIE LINKE. steht für eine Politik der Abrüstung und der zivilen Konfliktprävention. Im Militäretat sollen 2018 mindestens 5,1 Mrd. Euro eingespart und ein Teil davon soll in einen Konversionsfonds des Bundes eingestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. ein Zukunftsprogramm aufzulegen, das zur Integration der Benachteiligten in Deutschland und der zu uns Geflüchteten gleichermaßen beiträgt;
2. Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine gute und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik sowie die Einführung einer sozialen, sanktionsfreien Mindestsicherung zu überwinden sowie Minijobs in die Sozialversicherungspflicht zu überführen. Ab 2018 ist von einem SGB-II-Regelsatz in Höhe von 570 Euro monatlich auszugehen;
3. die Rüstungsausgaben endlich deutlich zu senken, auf neue Rüstungsprojekte zu verzichten, Waffenexporte drastisch einzuschränken sowie sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden. Die frei werdenden Gelder werden für soziale und bildungspolitische Projekte, die Entwicklungszusammenarbeit und einen Konversionsfonds genutzt;
4. Umverteilungen im Bundeshaushalt für 2018 für folgende Vorhaben umzusetzen (angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf):

Zukunftsprogramm

20 Mrd. €	für die Anhebung des Kindergeldes auf 328 € monatlich als Einstiegsmaßnahme zur Prävention von Kinderarmut
11,6 Mrd. €	BAföG für Studierende, Schülerinnen und Schüler
5 Mrd. €	für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau
3,3 Mrd. €	für den Hochschulpakt
2,5 Mrd. €	für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
2 Mrd. €	für eine bundesweit flächendeckende beitragsfreie Verpflegung in Schulen und Kindertageseinrichtungen
1,308 Mrd. €	für Zuweisungen an die Bundesländer zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung)
621 Mio. €	mehr Mittel für die energetische Gebäude- und Stadtsanierung im Energie- und Klimafonds
500 Mio. €	für nichtkommerzielle Pharmaforschung
303,1 Mio. €	für höheres Wohngeld einschließlich Heizkosten
280 Mio. €	für die Sprachförderung von Flüchtlingen
234,9 Mio. €	für ein gutes und ausreichendes Integrationskursangebot, für die Förderung von Integrationsprojekten und die Migrationsberatung
200 Mio. €	für die Förderung der ländlichen Entwicklung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes
200 Mio. €	für Aufbau kommunaler Behandlungseinrichtungen zur Sicherung der ambulanten Versorgung
90 Mio. €	für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern für die frühkindliche Bildung
40 Mio. €	für den kostenlosen Eintritt in die Dauerausstellungen der Staatlichen Museen zu Berlin
15 Mio. €	für besseren Umweltschutz (Partikelfilter)
15 Mio. €	für eine bundesweite Finanz- und Schuldnerberatung

- 6,7 Mio. € für die Schaffung eines Sonderprogramms zur „Digitalisierung des Filmerbes“
- 5 Mio. € als Anschub für die Umsetzung der reformierten Pflegeausbildung, insbesondere für die Qualifizierung von Lehrkräften, Ausbilderinnen und Ausbildern
- 2,1 Mio. € für die Erforschung medizinischer Anwendungen von Cannabis, für die Evaluation des Betäubungsmittelrechts und für Drugchecking

Soziale Ausgrenzung überwinden und Arbeitslosigkeit bekämpfen

- 18,112 Mrd. € Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und im Alter auf 570 € pro Monat, Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge im SGB II zur vollständigen Finanzierung des Zahnersatzes, Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für Langzeitarbeitslose und Aufhebung der Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II
- 7,9 Mrd. € Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung
- 1 Mrd. € Erhöhung der Verwaltungsmittel der Jobcenter
- 0,8 Mrd. € Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengelds II und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit)

Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen

- 1,6 Mrd. € für die Verstärkung der entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe, für Flüchtlingshilfe, die auf die besonderen Belange von Frauen und Kindern Rücksicht nimmt, für humanitäre Hilfsmaßnahmen, für Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung, für Demokratisierung und Menschenrechte, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für Abrüstungsinitiativen, für Krankheitsbekämpfung, für Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
- 400 Mio. € für finanzielle Entwicklungszusammenarbeit
- 300 Mio. € für Krisenbewältigung
- 200 Mio. € für technische Entwicklungszusammenarbeit

Rentengerechtigkeit herstellen

- 13,55 Mrd. € zur Umsetzung des Prinzips gleiche Rente für gleiche Lebensleistung – erste Schritte zu einer Angleichung der Ostrenten an das Westniveau, Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten entsprechend § 262 SGB VI, Finanzierung der sogenannten „Mütterrente“ als gesamtgesellschaftliche Ausgabe aus Steuermitteln

Rechte für Menschen mit Behinderungen

- 1 Mrd. € für die Realisierung der Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, unter anderem für Maßnahmen zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit

Maßnahmen der aktiven Friedenspolitik

1,5 Mrd. € für die Schaffung eines Konversionsfonds zur Unterstützung für die betroffenen Kommunen bei der Entwicklung von zivilen Nachnutzungskonzepten der Bundeswehrstandorte und Unternehmen bzw. Sparten der Rüstungsindustrie

Einnahmen des Bundes stärken

53 Mrd. € durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 %, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken

14 Mrd. € Geldbußen für Autokonzerne wegen illegaler Abschaltvorrichtungen bei Pkws im Zusammenhang mit dem sogenannten „Dieselskandal“

9,1 Mrd. € durch den Abbau von Fehlsubventionen unter anderem bei der steuerlichen Begünstigung von Dieselmotoren gegenüber Benzin und der Bevorzugung der energieintensiven Industrie; die Kernbrennstoffsteuer soll auch weiterhin erhoben werden

5,1 Mrd. € durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze sowie den Verzicht auf militärische Offensivmittel, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeugs Eurofighter, auf das Transportflugzeug A400M, auf den Schützenpanzer Puma sowie durch weitere Einsparungen im investiven Bereich des Einzelplans 14

400 Mio. € durch Verzicht auf das geplante „Baukindergeld“.

Berlin, den 29. Juni 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

